



## Neue Verschärfungen, neue Sanktionen

Die Bundesregierung plant eine Veränderung des Sozialgesetzes. Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) will das Gesetz „vereinfachen“. Das Ergebnis wird aber eine Verschärfung sein. Was soll verändert werden und was werden die Auswirkungen sein? Wer ist davon betroffen und was ist das Ziel dieser Verschärfung? Was können wir machen?

### Die wichtigsten geplanten Änderungen sind:

#### **Lange Kürzung bei Kündigung des Jobs**

- Wer einen Job kündigt oder nicht annimmt, dem sollen nicht nur die Leistungen gekürzt werden, sondern der soll auch das Geld, was das Jobcenter mehr zahlen muss zurückzahlen. Das bedeutet eine sehr lange Kürzung der Leistungen.

#### **Heizkosten zum Teil selbst bezahlen**

- Heizkosten sollen nur noch bis zu einer bestimmten Höhe übernommen werden. Wer mehr verbraucht hat, muss das aus dem Regelsatz bezahlen.

#### **Nur vorläufige Bescheide ohne Freibetrag**

- Das Jobcenter erstellt nur vorläufige Bescheide. Für Einkommen soll dann nur noch der Grundfreibetrag von 100 € berücksichtigt werden, der Freibetrag von 20% aber nicht mehr. Erst wenn Lohnabrechnungen eingereicht werden und der endgültige Bescheid erstellt wird, gibt es Freibeträge. Das bedeutet eventuell mehrere Monate mit zu wenig Geld.



#### **Kein Vorschuss mehr**

- Es soll kein Vorschuss mehr gegeben werden. Das betrifft vor allem Menschen, die einen Neuantrag stellen und meistens bereits in einer Notlage sind. Es dauert mindestens vier Wochen, bis das Jobcenter über den Antrag entschieden hat. So lange soll man im Notfall ohne Geld auskommen.

#### **Mehr Informationen zu den Veränderungen auf Seite 2.**

## Nicht mehr allein zum Jobcenter



Ich hatte von Freunden erfahren, dass bei Zusammen e.V. gemeinschaftlich Probleme gelöst werden. Probleme hatte ich reichlich, besonders mit dem Jobcenter. Die Bescheide waren nie korrekt und natürlich immer zu unserem Nachteil.

Ich habe großen Wert darauf gelegt, dass meine Kinder eine Ausbildung machen. Der Stress, den das mit sich brachte war unbeschreiblich. Die Ausbildungsvergütung wurde vom Regelsatz abgezogen. Die Fahrkarten mussten vom Regelsatz

vorfinanziert werden. Jeden Monat waren wir unter dem uns zustehenden Existenzminimum und es war unendlich schwierig, die Kinder trotz allem zu motivieren, ihre Ausbildung nicht abzubrechen. Oft war ich am Ende meiner Kraft und dazu kam noch der immer währende Stress, die Schikanen und die herablassende Behandlung beim Jobcenter.

Seit ich Mitglied bei Zusammen e.V. bin, lass ich mich zumindest beim Jobcenter nicht mehr einschüchtern. Ich weiß ja, wohin ich mich wenden kann. Wir helfen uns gemeinsam bei den Problemen und wenn es sein muss, schalten wir einen Anwalt ein, der dann Widersprüche und Klagen formuliert. Früher konnte ich Tage vor einem Termin im Jobcenter nicht schlafen.

Jetzt kann ich ganz entspannt sagen: „Ich gehe das in meinem Verein durch und geben es meinem Anwalt. Kein Problem.“ Seitdem ist der Umgangston ganz anders geworden. Mein Selbstbewusstsein ist gestärkt. Ich finde, das ist ein Fortschritt, auch wenn das Geld trotzdem nicht reicht.

Conni

### Was bedeuten die Veränderungen?

Zuallererst bedeuten sie, dass der Regelsatz von Hartz IV noch schneller und noch länger gekürzt werden kann. Das Ziel ist, Geld zu sparen und den Druck zu erhöhen, jede Arbeit anzunehmen oder zu behalten, auch wenn die Bedingungen schlecht sind. Mehr Erwerbslose werden damit in schlecht bezahlte Jobs mit schlechten Arbeitsbedingungen gepresst - wahrscheinlich auch sehr viele in Zeitarbeit.

### Wer ist davon betroffen?

Durch diesen Druck werden die Bedingungen für alle Beschäftigten verschlechtert. Die Arbeitgeber können immer damit drohen: „Da draußen warten hunderttausende mit weniger Rechten und Ansprüchen, also seid bescheiden und akzeptiert Überstunden, Stress und geringere Löhne.“

Es wird zwar immer wieder vom tollen Arbeitsmarkt berichtet. Dennoch gibt es nur 600.000 gemeldete offene Stellen. Es gibt aber 3,6 Millionen Arbeitslose. Es bewerben sich also theoretisch 6 Erwerbslose auf eine offene Stelle.

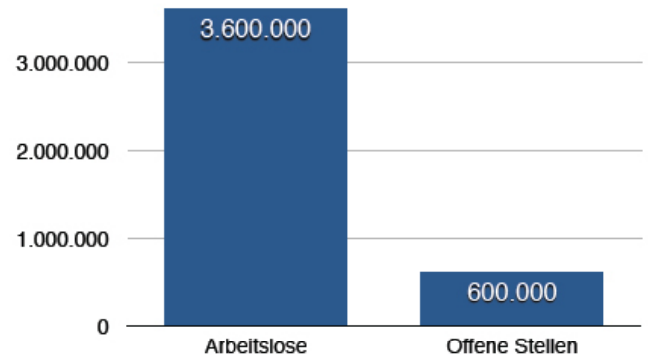
Der Regelsatz von 404,- Euro für einen Alleinstehenden ist ohnehin zu niedrig. Weitere Kürzungen führen zu Mangelernährung bei Kindern, einer kalten Wohnung oder unbezahlten Rechnungen und Schulden. Dies soll ebenfalls antreiben, jede Arbeit zu akzeptieren.

### Was können wir tun?

Die Gesetze ermöglichen den Jobcentern, uns unter Druck zu setzen. Die Gesetze können wir im Moment nicht ändern. Aber wir können versuchen, dass wir den Maßnahmen und Sanktionen nicht mehr einfach ausgeliefert sind. Wir können uns gegenseitig helfen - beim Antrag ausfüllen oder zum Jobcenter begleiten.

Wir können gegen unrechtmäßige Sanktionen vorgehen. Die Hälfte aller Widersprüche und Klagen gegen Sanktionen ist erfolgreich.

Wer nicht mehr alleine beim Amt ist, erfährt einen anderen Umgang und kann manche Schikane abwehren. In unserer Beratung versuchen wir auch die Gesetze und unsere Rechte zu verstehen. Das kann aber nur ein Anfang sein. Wenn wir mehr verändern wollen, müssen wir mehr werden.



Über das Fleisch,  
das euch in der Küche fehlt  
wird nicht  
in der Küche entschieden!

Bertolt Brecht



## Ein Rechenbeispiel:

Matthias B. hat einen Minijob in der Gastronomie. Er verdient 400 €. Dafür muss er aber oft unbezahlte Überstunden machen. Die Arbeit ist sehr stressig. Für so wenig Geld lohnt sich das nicht. Er kündigt den Minijob. Was passiert?

### Mit Minijob hat er vom Jobcenter bekommen:

404 € Regelsatz ALG II  
450 € Warmmiete  
160 € Freibetrag vom Einkommen

-----  
1014 € Bedarf  
abzüglich 400 € Einkommen

-----  
**614 € Leistungen vom Jobcenter**

### Ohne Minijob bekommt er:

404 € Regelsatz ALG II  
450 € Warmmiete

### 854 € Bedarf

Da kein Einkommen mehr abgezogen wird, muss das Jobcenter auch 854 € Leistungen zahlen.

**Wenn Matthias B. Keinen Minijob mehr hat, muss das Jobcenter 240 € mehr an ihn bezahlen. Dieses Geld soll in Zukunft an das Jobcenter erstattet werden** Matthias B. muss das mit 30% vom Regelsatz jeden Monat abbezahlen, das sind 121 Euro jeden Monat. Er hat nur noch 283 Euro zum Leben!

# Wer sind die Flüchtlinge und wer sind wir?



## Warum kommen so viele Menschen?

In vielen Ländern herrscht Krieg, der die Menschen zur Flucht zwingt. Die NATO-Staaten bombardieren in Syrien, Libyen und Afghanistan. Sie streiten um wirtschaftlichen und politischen Einfluss.

Viele Menschen kommen aber auch, weil in ihren Ländern große Armut und Arbeitslosigkeit herrschen. Im ehemaligen Jugoslawien und in Nordafrika ist die Arbeitslosigkeit auf Rekordhöhe. Junge Menschen finden keine Ausbildung und Arbeit, sie haben keine Perspektive in ihrem Land. Dort hängt das Überleben ganzer Familien von dem Lohn, den der Sohn oder die Tochter in Deutschland erarbeitet und nach Hause schickt ab.

**Wir kennen das von uns selbst: Wenn unsere Existenz unsicher ist und wir in Not geraten, sind wir erpressbar.**

## Was passiert mit ihnen hier?

Es wurden mittlerweile zwei „Asylpakete“ verabschiedet. Das Ziel ist, die Menschen zu konzentrieren und dann zu entscheiden, wer bleiben darf und wer nicht. In Zukunft soll bei Menschen aus bestimmten Ländern innerhalb von einer Woche über ihr Bleiberecht entschieden werden. Dann hat man noch eine Woche Zeit für einen Widerspruch, den die meisten kaum einlegen können, weil sie keinen Anwalt haben.

Viele Menschen werden nur einen unsicheren Aufenthaltsstatus bekommen.

## Wer profitiert davon?

Wer keinen sicheren Aufenthalt hat, wird alles tun, um hier bleiben zu können. Das heißt auch: Alle Arbeitsbedingungen und Löhne akzeptieren. Die Unternehmer wollen Flüchtlinge gerne als billige Arbeitskräfte ausnutzen. Die Arbeitgeberverbände fordern, dass für Flüchtlinge der Mindestlohn nicht gelten soll oder dass die Ausnahmen für Praktikanten ausgedehnt werden sollen. Denn für Praktikanten gilt der Mindestlohn nicht, ebenso wie für Langzeitarbeitslose.

**Gegen alle Ausnahmen vom Mindestlohn und für dessen Erhöhung müssen wir gemeinsam kämpfen.**

## Kontakt aufnehmen, gegenseitig helfen

In ganz Deutschland werden „Aufnahmezentren“ aufgebaut. Das sind Massenunterkünfte, in denen schlechte Verhältnisse herrschen (Gesundheit, Essen, Stress). In vielen Städten gab es Protest der Flüchtlinge gegen die Zustände. Auch in Frankfurt haben Menschen wegen der schlechte Zustände in der Massenunterkunft im ehemaligen „Neckermann“-Gebäude protestiert.

**Mit den Flüchtlingen haben wir gemeinsam:  
Die Unternehmer wollen unsere Rechte und Löhne beschneiden.**

Wenn die Rechte von anderen beschnitten werden, bedroht uns das alle. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns zusammen schließen und solidarisch sind. Wir können uns gegenseitig helfen. In Frankfurt gibt es zahlreiche Flüchtlingsunterkünfte. Wir wollen als Verein dort Kontakt mit den Menschen aufnehmen und ihnen helfen, aber auch darüber berichten wie die Umstände sind, in denen sie leben und gemeinsam für unsere Rechte eintreten.

## Kriegen Asylbewerber mehr Geld als Arbeitslose?

**Alleinstehender Erwerbsloser: 404 €**

**Alleinstehender Asylbewerber in einer Unterkunft ohne Essensversorgung oder in einer Wohnung: 364 €**

Davon müssen Asylbewerber genau so wie Erwerbslose alles bezahlen: Essen, Kleidung, Fahrkarte, Telefon, etc. Der einzige Posten, der in einer Unterkunft nicht anfällt ist Strom.

**Asylbewerber in einer Gemeinschaftsunterkunft mit Essensversorgung: 145 € im Monat (sog. „Taschengeld“)**

Davon muss folgendes bezahlt werden: Hygieneartikel, Fahrkarten, Telefon, Schreibartikel, etc.

**Eingeschränkte Gesundheitsversorgung für Asylbewerber:**

Nur im Notfall und bei akuten Schmerzen. Häufige Antwort: Paracetamol.

**Wir fordern: Erhöhung des ALG II-Regelsatzes und der Asylbewerberleistungen auf 500 €!**

**Volle Gesundheitsversorgung für Asylbewerber!**

*Januar 2016, Frankfurt: Flüchtlinge protestieren gegen die schlechte Unterbringung und ihre Verlegung in eine weitere Massenunterkunft. Die Gesichter haben wir aus Schutzgründen unkenntlich gemacht.*





# Was macht Zusammen e.V.?

Aleine kann man wenig gegen den Stress vom Jobcenter oder bei der Arbeit, mit dem Vermieter oder bei den Stromrechnungen machen. Besser ist es, sich zusammen zu schließen und sich gegenseitig zu helfen.

## **Was bedeutet das?**

Jeden Mittwoch machen wir ein Treffen, wo jeder von seinem Problem berichtet. Dann entscheiden wir, was zu tun ist und wer helfen kann. Für die Klagen und Widersprüche arbeiten wir mit einer Kanzlei zusammen.

## **Wie können wir das machen?**

Um die Probleme barebeiten zu können, brauchen wir mehr Wissen. Was sind meine Rechte? Was steht in den Gesetzen? Wer hat die Gesetze gemacht und wozu? Welche Mittel gibt es dagegen?

Deshalb informieren wir uns über diese Fragen und tauschen uns in unserer Runde dazu aus.

## **Wie kann man mitmachen?**

Mitglied werden! Wir wollen uns auf Dauer zusammen schließen, weil die meisten Probleme nicht einfach aufhören. Deshalb haben wir einen Verein gegründet. Mit den Mitgliedsbeiträgen können wir alle Kosten decken und sind unabhängig von der Stadt oder anderen Geldgebern. Als Mitglied bekommt man geholfen und hilft anderen. Wenn wir mehr werden und zusammen stehen, kann man uns nicht so einfach unter Druck setzen.

**Mach mit!**

## **Um was geht es im Treffen von Zusammen e.V.?**

### **Beispiele aus unserer Beratung:**

*Beim Antrag ausfüllen helfen.*

*Begleitung zum Jobcenter.*

*Den Bescheid vom Jobcenter überprüfen.*

*Ist eine 100%-Sanktion erlaubt?*

*Ich will Abendschule machen, das Jobcenter verweigert das aber - was tun?*

*Muss ich mich auf Jobs bewerben, die ich nicht machen kann?*

*Muss ich zum gesundheitlichen Dienst vom Arbeitsamt?*

*Den Arbeitsvertrag überprüfen.*

*Ist die Kündigung rechters?*

*Ist die Mieterhöhung erlaubt?*

*Was mache ich, wenn eine Nebenkostennachzahlung kommt?*

*Was kann man gegen Missstände in der Wohnung machen?*

*Ich brauche für den Anwalt einen Beratungshilfeschein.*

*Die Ausländerbehörde ist unfreundlich und schickt mich immer weg.*

*Meine Nachbarn beleidigen mich, weil ich Ausländer bin*



## **Kontakt:**

**Jeden Mittwoch, 14:00-16:00, Saalbau Bockenheim am Kurfürstenplatz - Schwälmer Str. 28**

**Tel.: 01578-2753456 --- Fax: 069-92894115 --- [www.zusammen-ev.de](http://www.zusammen-ev.de) ---- Email: [info@zusammen-ev.de](mailto:info@zusammen-ev.de)**

Zusammen e.V.  
Postfach 190500  
60091 Frankfurt am Main